

**Clipping: Gemeinsam Gegen Menschenhandel Veranstaltung**

von 07.10.2014 bis 14.10.2014

Stichworte: Menschenhandel

**APA****07.10.2014, Kriminalitätsbekämpfung: Erfolge und neue Herausforderungen**

Utl.: Innenausschuss debattiert Sicherheitsbericht 2013 =

Wien (PK) - Der Innenausschuss thematisierte in seiner heutigen Sitzung auch den aktuellen Sicherheitsbericht (III-100 d.B.) der ein Sinken der Kriminalitätsrate im Jahr 2013 um 0,3 % verzeichnet. Die Abgeordneten stellten zu diesem Bericht eine Reihe von Detailfragen an Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Justizminister Wolfgang Brandstätter, wobei die Arbeit der ExekutivbeamtenInnen und der Strafjustiz generell positiv bewertet wurde. Die VertreterInnen der Opposition vermissten allerdings in einigen Bereichen aussagekräftige Zahlen, etwa zu organisiertem Betteln, Extremismus und Menschenhandel. Der Bericht wurde anschließend mit Mehrheit von SPÖ, ÖVP, Grünen und NEOS zur Kenntnis genommen. Er wird auch noch im Nationalratsplenum diskutiert werden.

Mikl-Leitner: Fallende Tendenz bei Straftaten und hohe Aufklärungsrate

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner sah einige positive Tendenzen im Sicherheitsbericht. So habe ein deutlicher Rückgang bei den Gewaltdelikten bei gleichzeitigem Anstieg der Aufklärungsrate stattgefunden. Insgesamt zeige sich in den letzten zehn Jahren ein kontinuierlicher Rückgang der angezeigten Fälle, stellt die Innenministerin fest.

Leichte Steigerungen, wie sie bei Wohnungseinbrüchen und Autodiebstählen registriert wurden, seien auf regionale Entwicklungen zurückzuführen, erwiderte die Ministerin auf kritische Anmerkungen von Abgeordnetem Christoph Hagen (T). Es bestehe hier sicher ein Problem, aber man erziele auch Erfolge, nicht zuletzt in Wien. Man führe in diesem Zusammenhang immer wieder auch Schwerpunktaktionen im Grenzbereich durch, unterstrich die Ministerin. Zudem werden ständig neue Polizistinnen und Polizisten eingestellt und auf hohem Niveau ausgebildet.

Bei rechtsextremen Straftaten war 2013 ein Anstieg um 10,6 %, in Zahlen von 519 auf 574 angezeigte Straftaten, zu verzeichnen. Dabei sei auch die Aufklärungsquote gestiegen, was zeige, dass das Thema jedenfalls sehr ernst genommen werde, teilte Mikl-Leitner ÖVP-Abgeordnetem Michael Hammer auf seine diesbezügliche Frage mit.

Der Umgang mit dem Thema Bettelei, das von Abgeordneter Gerhard Darmann angesprochen wurde, falle an sich in die Zuständigkeit der Länder. Betteln sei auch nur in bestimmten Fällen strafbar, wenn damit etwa Menschenhandel verbunden sei oder es sich um organisierte und gewerbsmäßige Bettelei handle, stellte die Innenministerin klar. 2013 wurden rund 1.100 BettlerInnen aus Rumänien registriert, von denen 430 angezeigt wurden. Es wurden zudem 13 Massenquartiere festgestellt. Es gehe dabei nicht um die Verfolgung der BettlerInnen, unterstrich die Innenministerin, sondern um die hinter diesen Erscheinungen stehenden Täterstrukturen. Hier gebe es eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den rumänischen Behörden.

Zur Frage der verdeckten ErmittlerInnen teilte Mikl-Leitner Abgeordnetem Albert Steinhauser (G) mit, dass diese 2013 in 175 Fällen im Einsatz waren. Bei Straftaten mit Schusswaffengebrauch waren in 27 % der Fälle legale und in 73 % illegale Schusswaffen in Gebrauch, erfuhr der Abgeordnete.

Als aktuelle Schwerpunkte der Polizei nannte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner neben der Bekämpfung von Eigentumskriminalität, besonders Wohnungseinbrüchen, auch die Bewältigung von Migrationsströmen und das Vorgehen gegen Extremismus und Terrorismus. Wichtig sei ihr, Maßnahmen zu setzen, die das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung steigern.

Brandstätter: Notwendige Reform des Strafvollzugs ist im Gang

Justizminister Wolfgang Brandstätter hielt fest, dass der Bericht über die Arbeit der Justizbehörden einige positive Entwicklungen für 2013 aufzeige. So habe sich die Zahl jugendlicher Straftäter in den Gefängnissen deutlich verringert. Die Verfahrensdauer habe sich, auch wenn durch einige langwierige Verfahren mit hoher medialer Aufmerksamkeit gelegentlich ein anderes Bild entstehe, insgesamt verkürzt. Das Mittel der Diversion werde immer häufiger in Anspruch genommen. Erfolge wurden auch bei der Anwendung vermögensrechtlicher Anordnungen erzielt, sagte der Justizminister, der hier den

Erfolg gezielter Schulungen in dieser Frage sah. Diese Maßnahme komme den Opfern von Straftaten zugute.

Zweifellos gebe es auch einige Bereiche, denen man verstärkt Augenmerk schenken müsse. Das betreffe vor allem den Maßnahmenvollzug. Die Zahl der Häftlinge in Österreichs Gefängnissen sei seit der letzten Reform des Strafrechts wieder im Steigen begriffen und liege derzeit wieder knapp unter ihrem historischen Höchststand. Besonders markant sei die Zahl der Häftlinge mit psychischen Beeinträchtigungen angestiegen. Die Justizanstalten könnten derzeit nicht allen die optimale Unterbringung und Betreuung garantieren. Diesem Problembereich müsse man jedenfalls erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Die Reform des Strafvollzugs sei aber im Gange und werde eine Herausforderung für die nächsten Jahre sein, den Strafvollzug auf ein einheitlich hohes Niveau zu bringen, unterstrich der Justizminister.

Was die Verurteilungen in Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten betrifft, so gab es im Vorjahr nur einzelne Fälle. Mit dem Auftreten des IS-Terrors sei die Zahl der Tatverdächtigen, bei denen Anzeige erstattet und auch Untersuchungshaft verhängt wurde, heuer markant angestiegen, informierte Brandstätter Abgeordneter Gerhard Darmann (F). Was die Bekämpfung organisierte Bettelerei betrifft, so würden die Verfahren zunehmend in den Herkunftsländern geführt, da es wichtig sei, die dahinterliegenden Strukturen zu erkennen und gegen sie vorzugehen. Es gebe in diesem Zusammenhang etwa eine gute Zusammenarbeit mit den rumänischen Behörden.

Zur Frage von SPÖ-Abgeordnetem Rudolf Plessl zu Cyber- und Computerkriminalität hielt der Justizminister fest, dass es nur wenige Verurteilungen, die direkt in Zusammenhang mit Angriffen auf Computernetzwerke, Datendiebstahl oder Datenfälschungen stehen, gegeben habe. Die Zahl der Delikte wie etwa Betrugsfälle, bei denen auch der Computer eingesetzt wurde, liege naturgemäß höher.

Die Verurteilung von Menschenhandel, insbesondere wenn es um Zwangsprostitution gehe, setze das Vertrauen der Opfer und ihre Bereitschaft zur Aussage voraus. Dabei arbeite sein Ressort sehr gut mit NGOs zusammen, stellte der Justizminister gegenüber Abgeordneter Alev Korun (G) fest, und es werde viel getan, um den Betroffenen zu helfen. Insgesamt kam es in 20 Fällen zu Verurteilungen wegen Vergehen und in vier Fällen wegen Verbrechen in Zusammenhang mit Menschenhandel. Die Zahl sei deshalb relativ niedrig, weil viele Taten in diesem Bereich nicht direkt verfolgt würden. Vielmehr komme es zu Verurteilungen oft erst dann, wenn andere Delikte, etwa Gewalttaten, angezeigt werden, erläuterte Brandstätter. (Schluss Innenausschuss) sox

~

Rückfragehinweis:

Pressedienst der Parlamentsdirektion  
Parlamentskorrespondenz  
Tel. +43 1 40110/2272  
mailto:pk@parlament.gv.at  
http://www.parlament.gv.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/172/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0244

---

## 09.10.2014, REMINDER: Presseeinladung: "Gemeinsam gegen Menschenhandel" =

Wien (OTS) - Das Außenministerium lädt interessierte MedienvertreterInnen zu folgendem Termin:

Eröffnung der Veranstaltung durch die Bundesminister Johanna Mikl-Leitner, Rudolf Hundstorfer und Sophie Karmasin.

Zeit: Freitag, 10. Oktober 2014, 09:30 Uhr

Ort: Diplomatische Akademie Wien, Festsaal, Favoritenstraße 15a, 1040 Wien

Wien, 03. Oktober 2014 - Am 10. Oktober organisiert das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres - als Leiter der österreichischen Task Force Menschenhandel - anlässlich des Tages der Europäischen Union zur Bekämpfung des Menschenhandels ("EU-Anti-Trafficking-Day 2014") die Veranstaltung "Gemeinsam gegen Menschenhandel".

Dieses Jahr werden zum 10-Jahres-Jubiläum der Task Force vor allem die Errungenschaften, Ziele und Herausforderungen Österreichs im Kampf gegen den Menschenhandel im Rahmen einer Paneldiskussion thematisiert. Am Nachmittag wird eine zweite Diskussion das Thema der Wechselwirkungen zwischen Prostitutions- und Anti-Menschenhandelspolitik in verschiedenen Ländern behandeln. Anschließend besteht die Möglichkeit, an Workshops zu den Themen Arbeitsausbeutung, Opferschutz sowie Prostitution und Menschenhandel teilzunehmen.

Um Eintreffen bis spätestens 09:15 Uhr wird gebeten.

Da die gesamte Veranstaltung medienöffentlich ist, besteht im Anschluss an die Eröffnung die Möglichkeit an den Podiumsdiskussionen teilzunehmen. Die Veranstaltung wird deutsch-englisch simultan übersetzt.

Die MedienvertreterInnen werden gebeten, folgende Daten per E-Mail (pk-anmeldungen@bmeia.gv.at) zu übermitteln:

Betreff: Presseeinladung "Gemeinsam gegen Menschenhandel" - Vorname

- Nachname

- Medium

- E-Mail Adresse

Die Akkreditierung erfolgt am Eingang zum Festsaal der Diplomatischen Akademie, Favoritenstraße 15a, 1040 Wien. Sie werden außerdem darum ersucht, einen gültigen Presseausweis oder ein aktuelles Akkreditiv ihrer Redaktion vorzuweisen.

~

Rückfragehinweis:

Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres

Presseabteilung

Tel.: ++43 (0) 50 1150-3379

mailto: pk-anmeldungen@bmeia.gv.at

http://www.bmeia.gv.at

http://www.facebook.com/aussenministerium

http://www.bmeia.gv.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/42/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0097

---

## 10.10.2014, Zehn Jahre Task Force Menschenhandel in Österreich

Utl.: Seither mehr als 1.300 Tatverdächtige angezeigt =

Wien (APA) - Vor zehn Jahren ist in Österreich die Task Force Menschenhandel gegründet worden. Heute, Freitag, fand in Wien anlässlich des EU-weiten Anti Trafficking Day 2014 die Veranstaltung "Gemeinsam gegen Menschenhandel" statt. "Menschenhandel ist eines der lukrativsten illegalen Geschäfte", sagte Michael Linhart, Generalsekretär im Außenministerium, bei der Eröffnung.

Der Handel mit der "Ware Mensch" zählt zu den weltweit größten Zweigen des grenzüberschreitenden organisierten Verbrechens. Die Vereinten Nationen schätzen die weltweiten

Jahresprofite auf 32 Milliarden Dollar. Es gab laut Eurostat zwischen 2008 und 2010 insgesamt 4.000 Verurteilungen wegen Menschenhandels, 24.000 Opfer wurden identifiziert, sagte Linhart.

In Österreich wurden in den zehn Jahren seit der Gründung der Task Force 1.131 Opfer von Menschenhändlern in Strafprozessen erfasst, sagte Gerald Tatzgern, Leiter der Zentralstelle Menschenhandel im Bundeskriminalamt (BK). Gegen 1.353 Tatverdächtige wurde Anzeige erstattet. Aus polizeilicher Sicht habe man viel dazugelernt. Wäre die Arbeit früher noch täterzentriert gewesen, erfolge dies nun "sehr opferzentriert".

Kontinuierlich steigend sei die Nachfrage nach Sexdienstleistungen. Gab es vor zehn, zwölf Jahren noch 800 bekannte Sexarbeiterinnen, seien es nun in Österreich "etwa 10.000", inklusive einer Dunkelziffer von 3.000 bis 4.000, sagte Tatzgern.

Dazu komme noch die wirtschaftliche Situation, sehr groß sei die Nachfrage nach Arbeit. Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung konzentriert sich auf drei Branchen, sagte Minister Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ): Gastronomie, Landwirtschaft und den Baubereich. Durch Kontrollmaßnahmen ist man in gewissen Branchen das Feindbild, erläuterte Tatzgern. "Als Kämpfer gegen den Menschenhandel ist man nicht aller Menschen Freund, man muss extrem viele Widerstände überwinden", sagte der Leiter der Zentralstelle. Als Gesellschaft müsse man sich mit den Ursachen auseinandersetzen, erst dann könne Menschenhandel bekämpft werden, meinte der Sozialminister.

"Was Opfer erleiden und erdulden müssen übersteigt unser aller Vorstellungskraft", sagte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP). Doch der "Arm des Gesetzes greift weit über unsere Grenzen". Drei nationale Aktionspläne habe es in den vergangenen zehn Jahren gegeben, erläuterte die Ministerin.

"Weltweit wurden 1,2 Millionen Opfer von Kinderhandel gezählt, über 23.000 Opfer gibt es in Europa, die Dunkelziffer liegt weit darüber", sagte Familienministerin Sophie Karmasin (ÖVP). Für den Umgang diesen Opfern gebe es "kein österreichweites Betreuungskonzept", kritisierte Helmut Sax, Teamleiter am Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte. Bei Kinderhandel gebe es einen politischen Teufelskreis, "man muss nicht nur hinschauen, sondern auch hinschauen wollen". Und dadurch müsse man "in Kauf nehmen, dass man sich mit Ressourcenfragen auseinandersetzt". Bis zu einem "gewissen Grad treten wir auf der Stelle".

2009 kam der Film "Fatal Promises" (Verhängnisvolle Versprechungen), eine Dokumentation über Menschenhandel von Katharina Rohrer, ins Kino. Mitproduziert wurde er von der renommierten Journalistin Anneliese Rohrer. "Ich beschäftige mich seit neun Jahren mit diesem Thema", sagte Rohrer bei der Podiumsdiskussion. Sie sieht den "politischen Willen, wirklich den Kampf gegen Menschenhandel voranzutreiben" als geschwächt. Den damit und mit Empathie für Opfer gewinne man keine Wahl. Formal sei in den vergangenen zehn Jahren in Österreich zwar vieles passiert, doch "der Kampf gegen Menschenhandel beginnt in den Köpfen". Und da habe man hierzulande ein Mentalitätsproblem, "wir wollen uns damit nicht beschäftigen".

(Schluss) kra/km

APA0278

---

## 10.10.2014, Heinisch-Hosek: Rechte und Chancen von Mädchen stärken

Utl.: Frauenministerin zum Weltmädchentag am 11. Oktober -  
Gratulation an Malala Yousafzai =

Wien (OTS) - Zum Weltmädchentag, der jährlich am 11.10. begangen wird, betont Bildungs- und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, wie wichtig es ist die Rechte und Chancen von Mädchen weltweit zu stärken. "In weiten Teilen der Welt werden die Rechte von Frauen und Mädchen durch Genitalverstümmelung, Zwangsheirat oder Ehrenmorde verletzt", so Heinisch-Hosek. Auch in Österreich haben diese Themen zunehmend an Brisanz gewonnen. Hier ist Information um das

Wesen und die Hintergründe dieser speziellen Gewaltformen sehr wichtig, um Verallgemeinerungen und Vorurteilen vorzubeugen.

"Als Frauenministerin ist mir Hilfe und Aufklärung besonders wichtig", so die Ministerin, die darauf verweist dass es 2015 die 3. Notwohnung für von Menschenhandel betroffenen Frauen geben wird. Seit 2013 gibt es auch einen anonymen Schutzort für von Zwangsehe bedrohte und betroffene Mädchen und Frauen. "Gemeinsam mit dem Innenministerium sind hier wichtige und notwendige Schritte gesetzt worden." Das Bildungs- und Frauenministerium habe außerdem die Broschüre "Tradition und Gewalt an Frauen" herausgegeben, die auch Schulen zur Verfügung gestellt wird, um Lehrer/innen, Schulpsycholog/innen und -ärzt/innen zu informieren und ihnen Kontaktadressen anbietet.

Gratulation an Malala Yousafzai

"Dass Malala Yousafzai den heurigen Friedensnobelpreis erhält, ist gerade vor dem Hintergrund des Weltmädchentags ein besonders erfreuliches und wichtiges Zeichen. Sie steht für das Eintreten der Rechte von Frauen und Mädchen, und ihr mutiges Auftreten gegen Ungerechtigkeiten und die Stärkung der Menschenrechte ist für uns alle ein Vorbild", unterstreicht Heinisch-Hosek.

Gleichberechtigter Zugang zu Bildung

"Damit Mädchen und junge Frauen selbstbestimmt aufwachsen und leben können, müssen sie von Klein an gefördert und unterstützt werden, damit sie ihren eigenen Weg gehen", so Heinisch-Hosek, die darauf verweist, dass sie sowohl als Bildungs- als auch als Frauenministerin Beratungsstellen, Initiativen und Projekte fördert, die gezielt Mädchen und junge Frauen fördern, neue Möglichkeiten aufzeigen und sie bei der Schul- und Berufswahl unterstützen und informieren. "Eine gute Ausbildung ist die Basis für einen besseren Start ins Berufsleben und damit ein wichtiger Grundstein für den weiteren Lebensweg."

"Jedes Mädchen soll das Leben führen können, das es will, ohne Gewalt und ohne Einschränkungen, ohne Stereotypen und Klischees. Das ist die Botschaft an diesem Tag", so Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek abschließend.

Web-Tipp: Broschüre "Tradition und Gewalt an Frauen"

[https://www.bmbf.gv.at/frauen/gewalt/fin\\_Tradition\\_und\\_Gewalt\\_an\\_Frauen.pdf?4jj2r1](https://www.bmbf.gv.at/frauen/gewalt/fin_Tradition_und_Gewalt_an_Frauen.pdf?4jj2r1)

~

Rückfragehinweis:

Bundesministerium für Bildung und Frauen

Dr.in Julia Valsky

Pressesprecherin

Tel.: +43-1-53120-5025

[julia.valsky@bmbf.gv.at](mailto:julia.valsky@bmbf.gv.at)

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4920/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0174

<b>Radio und TV</b>
---------------------

## **10.10.2014, Ö1 Mittagsjournal 12:00 (12:00) - Wien: Internationale Menschenhandels-Konferenz**

Vospernik Cornelia (ORF)

Wir machen jetzt einen harten thematischen Schnitt: Eine internationale Konferenz in Wien beschäftigt sich heute mit dem Thema Menschenhandel. Menschenhandel ist ein Geschäft und zwar ein äußerst lukratives. Die UNO schätzt den Umsatz auf 32 Milliarden US Dollar im Jahr. Die meisten Betroffenen sind Frauen, aber die Zahl der Männer die von skrupellosen Menschenhändlern ausgebeutet werden ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Grund dafür ist, dass die so genannten Arbeitsausbeutung stark zugenommen hat, und da mehr Männer beschäftigt sind, sind sie auch schärfer davon betroffen, berichtet Beate Tomassovits.

Tomassovits Beate (ORF)

Sie arbeiten am Bau, in der Landwirtschaft oder im Gastgewerbe. Illegale Arbeiter haben keine Rechte und es kann lebensgefährlich für sie werden, wenn sie sich verletzen, sagt Gerald Tatzgern vom Bundeskriminalamt.

Tatzgern Gerald (Bundeskriminalamt)

Das heißt, bei Arbeitsunfällen passiert etwas, um das zu verdecken, werden diese Personen dann in einer Nacht- und Nebelaktion ins Ausland gebracht. Diese Gruppe ist natürlich sehr verletzlich. Das heißt, sie wissen, dass sie illegal beschäftigt sind, sie können sich rechtlich kaum wehren, ihre Gehälter zu bekommen, sie können sich kaum wehren, die entsprechenden Arbeitsbedingungen einzufordern.

Tomassovits Beate (ORF)

Erst in der Vorwoche ist ein Ungar nach einem Arbeitsunfall außer Landes gebracht worden. Der Mann soll sogar gestorben sein. Genau dort wird der Schwerpunkt der Arbeit der Polizei in den nächsten Jahren liegen. Sie will gegen Menschenhändler, die sich hinter Arbeitsagenturen verstecken ebenso vorgehen wie gegen jene, die illegale Arbeiter beschäftigen.

Tatzgern Gerald (Bundeskriminalamt)

Dass die Firmenverantwortlichen eindeutig Menschenhandel, sprich Arbeitsausbeutung, ablehnen, selbständig sagen: "Ich denke, hier wurde mir jemand vermittelt, der in einem Ausbeutungsverhältnis steht und ich lehne es ab." Das heißt, dadurch können wir von Beginn an Menschenhandel, sprich Ausbeutung vermeiden.

Tomassovits Beate (ORF)

Der Anteil der Männer die in der Arbeit ausgebeutet werden, ist zwar in den letzten Jahren stark gestiegen. Die Opfer von Menschenhandel insgesamt sind aber immer noch zu zwei Drittel Frauen. Vor allem die sexuelle Ausbeutung nimmt weiter zu.

Tatzgern Gerald (Bundeskriminalamt)

Eine Frau aus China, die hier - die illegale Prostitution in der sexuellen Ausbeutung arbeitet, bekommt selbst zwischen 200, 300, 400 Euro pro Monat. Selbst nimmt sie aber oft 5000, 6000 Euro ein. Das heißt, wenn man hier die Miete, die Unkosten, die sehr gering sind, abzieht, dann ist das bei fünf, sechs, sieben Frauen, die dort arbeiten, der Gewinn enorm. Und das Risiko gleichzeitig eher gering.

Tomassovits Beate (ORF)

Bei der Ausforschung von illegalen Prostituierten hilft der Polizei oft Kommissar Zufall. Ein Nachbar fühlt sich gestört und ruft bei der Polizei

an, nennt Tatzgern ein Beispiel.

**Tatzgern Gerald (Bundeskriminalamt)**

Ich halte das nicht mehr aus, bei mir läuten sehr viele Leute auf der Sprechanlage und wollen eine Massage von mir. Darauf - oft kommt diese Information - haben wir dann versucht zu recherchieren, haben eine Kontrollmaßnahme gesetzt und sind draufgekommen, dass hier mehrere Wohnungen existieren, so zwischen drei und fünf Frauen aus China arbeiten, das nichts mit Massage zu tun hat, sondern rein mit illegaler Prostitutionsausübung.

**Tomassovits Beate (ORF)**

In den letzten Jahren ist es der österreichischen Polizei immer öfter gelungen, den Menschenhändlern das Handwerk zu legen. 1350 Täter konnten in den letzten zehn Jahren ausgeforscht werden. Hauptgrund dafür ist, dass die Opfer besser geschützt werden und deshalb öfter bereit sind, die Menschenhändler vor Gericht zu bringen.

---

## **10.10.2014, Ö1 Abendjournal 18:00 (18:00) - Internationale Menschenhandel-Konferenz in Wien**

**Schönbacher Petra (ORF)**

Eine internationale Konferenz in Wien beschäftigt sich heute mit dem Thema Menschenhandel. Es ist ein äußerst lukratives Geschäft. Die UNO schätzt den Umsatz auf 32 Milliarden US-Dollar im Jahr. Die meisten Betroffenen sind Frauen, die in die Prostitution gezwungen werden, allerdings steigt die Zahl der Männer, die von Menschenhändlern für Arbeitszwecke ausgebeutet werden, stark an. Details von Beate Tomassovits.

**Tomassovits Beate (ORF)**

Sie arbeiten im Bau, in der Landwirtschaft oder im Gastgewerbe: Illegale Arbeiter haben keine Rechte und es kann lebensgefährlich für sie werden, wenn sie sich verletzen, sagt Gerald Tatzgern vom Bundeskriminalamt.

**Tatzgern Gerald (Bundeskriminalamt)**

Das heißt, bei Arbeitsunfällen passiert etwas. Um das zu verdecken werden diese Personen dann in einer Nacht und Nebel Aktion in das Ausland gebracht. Diese Gruppe ist natürlich sehr verletzlich. Das heißt, sie wissen, dass sie illegal beschäftigt sind. Sie können sich rechtlich kaum wehren, ihre Gehälter zu bekommen. Sie können sich kaum wehren die entsprechenden Arbeitsbedingungen einzufordern.

**Tomassovits Beate (ORF)**

Erst in der Vorwoche ist ein Ungar nach einem Arbeitsunfall außer Landes gebracht worden. Der Mann ist gestorben. Genau dort wird der Schwerpunkt der Arbeit der Polizei in den nächsten Jahren liegen. Sie will gegen Menschenhändler, die sich hinter Arbeitsagenturen verstecken, genauso vorgehen, wie gegen jene, die illegale Arbeiter beschäftigen.

## Österreichische Zeitungen und Magazine

### 10.10.2014, Österreich, So kämpft die Polizei gegen die Schlepper

Die Operation "Fox" startete am Donnerstag. Die Grenze zu Italien wurde kontrolliert.

Kärnten. Die Polizei will Schlepper das Fürchten lehren: Mehrere Teams des Bundeskriminalamtes kontrollierten gemeinsam mit Beamten der Landespolizeidirektion am Donnerstag schwerpunktmäßig den Verkehr an der Grenze zu Italien. Der Name dieser Operation lautet Fox.

Spektakulärer Fall. Der jüngste spektakuläre Fall von Schlepperei ereignete sich in Kärnten erst vor wenigen Tagen, als sechs jugendliche Flüchtlinge aus Afghanistan in einem Kühlwagen entdeckt wurden. Diese waren von Schleppern in Griechenland versteckt worden und wären fast erfroren - ÖSTERREICH hat berichtet.

"Aktion scharf". Nun sollen solche oder ähnliche Szenarien ein Ende haben. "Die Fahrzeuge und Lastkraftwagen, die von Italien kommen, werden stichprobenartig kontrolliert. Diese verschärfte Überprüfung wird jetzt mehrere Monate laufen und immer wieder zu unterschiedlichen Zeiten an verschiedenen Orten in Kärnten durchgeführt werden", erklärte Polizeisprecher Rainer Dionisio im Gespräch mit ÖSTERREICH.

Menschenhandel. Der Polizei gehe es darum, Schleppern und Kriminellen, die sich mit Menschenhandel gutes Geld verdienen, das Handwerk zu legen und zu stoppen. "Die Schlepperbanden müssen in Zukunft damit rechnen, jederzeit kontrolliert zu werden", so Dionisio. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) sieht die Aktion positiv: "Unangekündigte, unberechenbare Schwerpunktkontrollen im grenznahen Raum sind eine effektive Strategie zur Sicherung der Grenzen."

### 11.10.2014, Wiener Zeitung, „Eine moralische Agenda wird verfolgt“

„Wiener Zeitung“: Bei Sexarbeit wird oft unterstellt, dass Menschenhandel im Spiel ist. Junge Frauen, die in Osteuropa gekidnappt werden und in Westeuropa zur Prostitution gezwungen werden: Passiert das oft oder sind das Einzelfälle?

Julia O'Connell Davidson: Ich sehe das oft in den Medien, aber nicht in der Realität. Natürlich gibt es furchtbare Missbrauchsfälle, aber die gibt es überall, auch im Bereich häuslicher Gewalt.

Zwischen 2012 und 2002 mussten 20,9 Millionen Menschen Zwangsarbeit verrichten, schätzt die Internationale Arbeitsorganisation ILO. Gibt es verlässliche Zahlen, wie viel davon Sexarbeit war?

Nein, gar nicht. Es ist extrem schwer, allein die Größe des Marktes in einzelnen Ländern zu definieren. Ich verlasse mich nicht auf die Zahlen, mit denen herumgeschmissen wird. Und es gibt keine Studie, die zeigt, dass der Großteil der Sexarbeiter dazu gezwungen wird. Natürlich gibt es Menschenhandel, aber der Sexarbeitsmarkt wird nicht davon dominiert. Wenn dann ein Missbrauchsfall aufgedeckt wird, ist der Schrei nach einem Prostitutionsverbot schnell da. Findet hingegen in einer Ehe Missbrauch statt, heißt es nie: Heiraten sollte verboten werden. Hier wird eine moralische Agenda verfolgt, und hat nichts damit zu tun, dass man Menschen schützen will.

Warum sind Sie bei Prostitution gegen Verbote und Freierbestrafung?

Weil es zu einem Klima der Angst beiträgt und die Arbeit der Frauen erschwert. Damit macht man sie verletzbarer.

Stichwort Straßenprostitution: Sind Sexarbeiterinnen auf der Straße verletzbarer?

Nicht unbedingt. Dort ist die Arbeit auch unabhängiger: Manche Menschen arbeiten auf der Straße, nur damit sie die eine oder andere Rechnung bezahlen können. Auf der Straße gibt es mehr Gewalt,

das ist klar. Aber die geht gar nicht unbedingt von den Freiern aus, sondern von irgendwelchen Irren, die Prostitution stigmatisieren.

In Wien ist Straßenprostitution nur noch am Stadtrand und nicht mehr in den Wohngebieten erlaubt. Nun gibt es Proteste von Anrainern in Floridsdorf. Verstehen Sie das?

Ja, wenn Straßenprostitution verdrängt wird, fühlen sich dort die Anrainer marginalisiert und sind wütend. Diejenigen, die das Gesetz machen, denken nicht an die Konsequenzen ihres Tuns und machen Menschen verletzlich, die es ursprünglich nicht waren. In Großbritannien wird der Großteil der Menschen definitiv nicht zur Sexarbeit gezwungen. Dort darf man nur alleine arbeiten, aber nicht zu zweit oder zu dritt, und das zwingt in die Abhängigkeit.

Inwieweit hängen Gentrifizierung und Prostitution zusammen?

In vielen europäischen Städten gab es Viertel, in denen vorher egal war, was passiert. Dann sind die Mietpreise in die Höhe geschossen und dann wollte man die Straßen „säubern“, von ungewollten Menschen verschiedenster Art. Hier wurden die Verbote ausgeweitet, vor allem bei der Straßenprostitution, weil argumentiert wird, die Frauen auf der Straße wären damit sicherer. Es arbeiten zwar nur sehr wenige Frauen auf der Straße, die Politik fokussiert aber immer auf die Straßenprostitution und verwendet sie als Argumentation, Sexarbeit zu verbieten oder Freier zu bestrafen.

Wird auch Menschenhandel durch die Politik instrumentalisiert?

Ja. Wenn starke Grenzkontrollen eingeführt werden sollen, ist Menschenhandel ein riesiges Phänomen, wenn Aufenthaltsbewilligungen erteilt werden sollen, ist es plötzlich ein winziges.

In einer Ihrer Studien haben Sie weltweit Freier und Männer zu Menschenhandel und der Nachfrage nach nicht-freiwilliger Sexarbeit interviewt. War es schwierig, mit ihnen darüber zu sprechen?

Bei den Sextouristen war es einfach, weil sie auf Urlaub waren und Männer gerne erzählen. Bei unseren Interviews zur Nachfrage des Menschenhandels im eigenen Land war es schwieriger. In Schweden fiel es den Männern gar nicht auf, dass es diese Probleme gibt. In anderen Ländern ist Sex ein stigmatisiertes Thema, über das man nicht spricht, wie in Indien.

Was ist eigentlich in Indien los, man gewinnt den Eindruck, Vergewaltigung sei dort Teil des Alltags?

In den USA geschehen ebenfalls sehr viele Vergewaltigungen, dort gibt es auch sehr viel häusliche Gewalt. Es ist schwierig, das zu generalisieren, aber wenn wir uns ansehen, was die USA und Indien gemeinsam haben, dann fällt der hohe Grad an Religiosität auf. Aber hier muss man sehr aufpassen, um nicht in Rassismen zu fallen. Natürlich waren die Vorfälle in Indien abscheulich. Aber die ganze Welt ist sexistisch und überall ist Sexismus Teil des Alltags – außer in Ländern, wo es echte Bestrebungen gab, die Teilnahme von Frauen in der Öffentlichkeit zu verbessern, wie in den skandinavischen Ländern.

Medien bezeichnen Menschenhandel oft als „moderne Sklaverei“. Sie kritisieren das. Warum?

Das ist ja oft nur eine Argumentation gegen Zuwanderung und für stärkere Grenzkontrollen. Der große Unterschied zu dem transatlantischen Sklavenhandel zwischen dem 15. und 19. Jahrhundert ist, dass die Menschen in Afrika damals mit ungeheurer Gewalt gezwungen wurden, ihr Land zu verlassen. Diese Menschen wollten nicht nach Amerika, aber heute wollen sie nach Europa. Man sollte sich eher ansehen, welche Gesetze heute verwendet werden, um Migranten außerhalb Europas zu behalten: Irregulären Migranten bei der Einreise zu helfen, ist in Ländern wie Frankreich strafbar. Zur Zeit der Sklaverei wurden Kapitäne bestraft, wenn sie Sklaven auf ihren Schiffen zur Flucht verhalfen. Auch Überwachungssysteme an den Grenzen gab es heute wie damals. Hier sehe ich viel mehr Parallelen als zwischen Menschenhandel und Sklaverei.

Zur Person

Julia O'Connell Davidson

ist Professorin für Soziologie an der Universität Nottingham. Seit den 1990er Jahren forscht sie zu Sexarbeit und Menschenhandel. Am Freitag sprach sie in Wien bei der Tagung der „Task Force Menschenhandel“ über Wechselwirkungen zwischen Prostitution und Menschenhandel.

---

### **11.10.2014, Kronen Zeitung, Politiker-Pflichtpause Nach deutschem Vorbild verlangen jetzt - mit...**

Politiker-Pflichtpause Nach deutschem Vorbild verlangen jetzt - mit Ausnahme des Teams Stronach - auch Österreichs Oppositionsparteien eine einjährige Pflichtpause ("Cooling-off-Phase"), bevor Politiker in die Privatwirtschaft wechseln können. Damit soll verhindert werden, dass es eventuell zu Gefälligkeits-Gesetzen für einen späteren Arbeitgeber kommt.

Menschenhandel Mit verstärkten Maßnahmen gegen den weltweiten Menschenhandel befasst sich derzeit eine internationale Konferenz in Wien. Illegale Arbeiter, meistens am Bau, in der Landwirtschaft oder im Gastgewerbe, haben keine Rechte und werden nach Arbeitsunfällen oft ohne Behandlung in Nacht- und Nebel-Aktionen außer Landes gebracht.

---

### **11.10.2014, Neues Volksblatt, Menschenhandel im Visier: 1131 Opfer gezählt**

Taskforce kämpft seit zehn Jahren gegen lukratives illegales Geschäft

WIEN — Der Handel mit der „Ware Mensch“ zählt zu den weltweit größten Zweigen des grenzüberschreitenden organisierten Verbrechens. Die Vereinten Nationen schätzen die Jahresprofite auf 32 Mrd. Dollar. Zwischen 2008 und 2010 wurden 24.000 Opfer identifiziert, 4000 Täter verurteilt. In Österreich wurde vor zehn Jahren die Taskforce Menschenhandel gegründet. Seitdem wurden 1131 Opfer gezählt und 1353 Verdächtige angezeigt. „Was Opfer erleiden müssen, übersteigt unser aller Vorstellungskraft“, sagte gestern Innenministerin Johanna Mikl-Leitner anlässlich des EU-weiten „Anti Trafficking Day“ bei der Veranstaltung „Gemeinsam gegen Menschenhandel“. So etwa sei laut Gerald Tatzgern vom Bundeskriminalamt die Nachfrage nach Sexdienstleistungen kontinuierlich im Steigen. Gab es vor zehn Jahren noch 800 bekannte Sexarbeiterinnen, seien es nun in Österreich 10.000. Die Dunkelziffer liege bei bis zu 4000. Extreme Armut und Notsituationen, falsche Versprechungen und Hoffnung auf ein besseres Leben bewegen die Frauen dazu ihre Heimat zu verlassen, weiß der Frauenorden der Salvatorianerinnen, der schon lange Initiativen gegen Frauenhandel setzt. Aufgrund finanzieller Abhängigkeit, Ausnutzung ihrer Hilflosigkeit, Androhung und Ausübung von psychischer und physischer Gewalt werden Frauen in ausbeuterische Beziehungen, Arbeitsverhältnisse oder in die Prostitution gezwungen und ihrer Rechte und Würde beraubt.